

ZAHL DES TAGES

3000

Euro gibt es beim Bergsträßer Bürgerpreis 2015 zu gewinnen

Auch in diesem Jahr zeichnen der Bergsträßer Anzeiger und die Sparkasse Bensheim ehrenamtliches Engagement wieder mit einem besonderen Preis aus: dem Bergsträßer Bürgerpreis 2015. Verliehen wird er an Personen, die sich in herausragender Weise in der Region verdient gemacht haben.

**Wer kann beim Bergsträßer Bürgerpreis mitmachen?**  
Vergeben wird der Preis in drei Kategorien: „U 21“, „Alltagshelden“ und „Lebenswerk“. Bewerbungen können sich Vereine, Organisationen und Institutionen, aber auch sonstige Gruppierungen, Initiativen und Projekte sowie Einzelpersonen aus der Region – kurz: Jeder, der sich allein oder im Team ehrenamtlich engagiert. Selbstverständlich können sich Gruppen oder Personen, die bei der ersten Auflage des Bürgerpreises im vergangenen Jahr nicht ausgezeichnet wurden, wieder bewerben beziehungsweise erneut vorgeschlagen werden.

**Was gibt es beim Bürgerpreis zu gewinnen?**  
Wie schon im vergangenen Jahr werden von der Jury drei Preise vergeben. Den Gewinnern winkt jeweils 1000 Euro für ihre Projekte von der Sparkasse sowie eine ausführliche Berichterstattung im BA.

**Wie kann ich mich für den Bürgerpreis bewerben?**  
Man kann sich selbst für den Bergsträßer Bürgerpreis bewerben oder einen anderen vorschlagen. Bewerbungen sind nur mit dem entsprechenden Bewerbungsformular möglich. Dieses



**Bergsträßer Bürgerpreis**

BA Bergsträßer Anzeiger  
Die Stimme der Bergstraße

Sparkasse Bensheim

steht zum Download im Internet zur Verfügung und liegt im Kundenforum des Bergsträßer Anzeigers, Rodensteinstraße 6 in Bensheim, aus. Das Formular kann per E-Mail an buergerpreis@bergstraeßer-anzeiger.de eingegangen oder im BA-Kundenforum abgegeben werden. Bewerbungsschluss ist der 30. Oktober.

**Wie erfahre ich, ob ich gewonnen habe?**  
Die Sieger werden bei einer Preisverleihung im November in Bensheim ausgezeichnet. rk

www.bergstraeßer-anzeiger.de/buergerpreis, www.sparkasse-bensheim.de/buergerpreis

KURZ NOTIERT

**Kuchen-Aktion für Flüchtlinge**  
BERGSTRASSE. Aus seinem neuen Werk „Elke – ein schmales Buch über die Wirkung von Kuchen“ liest Autor Christian Duda am Sonntag, 11. Oktober, ab 15 Uhr im Rahmen der Literaturlänge „StadtLesen“ im Atrium in der Weinheimer Bahnhofstraße vor. Bereits ab 14 Uhr laden die Mitarbeiter der Verlagsgruppe Beltz – Projektpartner des BA in Sachen Leseförderung – dort zu Kaffee und selbst gebackenem Kuchen ein. Der ist kostenlos, die Organisatoren freuen sich im Gegenzug über Spenden für die Flüchtlingsarbeit in Weinheim. red



**Inklusion:** Wie lassen sich Menschen mit Handicap in den ersten Arbeitsmarkt integrieren? Darüber diskutierten Experten bei einem Kamingespräch im BA-Medienhaus. **VON THOMAS TRITSCH**

**E**in Arbeitsmarkt für alle – ob mit oder ohne Behinderung – ist ein Leitbild der Inklusion. Doch eine solche Gesellschaft ist noch längst nicht Realität. Viele Arbeitgeber scheuen sich davor, Menschen mit Behinderung einzustellen. Sie sehen nicht deren Qualifikation, Erfahrung und Kreativität, sondern fürchten Ausfallzeiten, Konflikte und finanziellen Mehraufwand. Es mangelt vor allem an Aufmerksamkeit und Verständnis. So lautet der Konsens bei einem hochkarätig besetzten Kamingespräch des BA.

**Edith von Hunnius: Zu viel Skepsis**

„Die meisten Unternehmen sind noch immer skeptisch. Das muss sich ändern“, sagt Edith von Hunnius. Sie ist Vizepräsidentin der Versammlung des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen und Sprecherin des Arbeitskreises Beschäftigung im Netzwerk Bergstraße. „Die Zeit ist reif für Taten, nicht für Mitleid“, sagt Edith von Hunnius in einer Runde, die Tatsachen und Perspektiven argumentativ ausgeleuchtet hat. Menschen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft saßen an einem Tisch. Moderiert wurde das Gespräch vom Publizistischen Leiter des BA, Karl-Heinz Schlitt. Das Fazit war dann doch der kollektive Wunsch nach einer inklusiven Gemeinschaft, in der jeder mit seinen individuellen Fähigkeiten beruflich aktiv sein kann. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Perspektive, wie Christian Dreiss betont. „Wir dürfen nicht die Schwächen, sondern müssen die Stärken der Menschen sehen“, so der Geschäftsführer der Behindertenhilfe Bergstraße.

**Matthias Schimpf: Gesetze sind schuld**

Der Dezernent für Soziales im Kreis Bergstraße: sieht den Kreis gut aufgestellt. „Die maßgeblichen Partner arbeiten in der Kreisteilhaberkonferenz eng zusammen.“ Darüber hinaus bietet der Eigenbetrieb Neue Wege spezielle Angebote, um Menschen mit Handicap passgenau einen Job zu vermitteln. Auch auf der Seite der Arbeitgeber erkennt Schimpf Fortschritte: „Viele Mittelständler sind sehr engagiert.“ Es sei aber sowohl unrealistisch wie auch zu undifferenziert, zu glauben, dass jeder Einzelne auf den ersten Arbeitsmarkt passt. „Es geht um den individuell bestmöglichen Weg. Auch der Arbeitnehmer muss zufrieden sein.“ Handlungsbedarf sieht

Schimpf in der Bundesgesetzgebung. Man müsse sich fragen, ob Regelungen wie der Kündigungsschutz oder Zusatzurlaub für behinderte Mitarbeiter in dieser Form noch zeitgemäß sind. Vieles, was gut gemeint ist, erweise sich in der Praxis als Einstellungshindernis.

**Christian Dreiss: Zu wenige schaffen es**

„Wir sind alle mehr oder weniger normal.“ Der Geschäftsführer der Behindertenhilfe Bergstraße betont die Heterogenität in der Gesellschaft, die jeden Einzelnen in einem möglichst selbstbestimmten Leben fördern und unterstützen müsse. Die Behindertenhilfe bezeichnet er als Bildungsanbieter: Sie ist einer der größten Arbeitgeber der Region und Ausbildungsbetrieb für unterschiedlichste Berufswege. Der Fachdienst für berufliche Integration unterstützt Menschen ganz praktisch bei der Vorbereitung auf die Arbeitswelt innerhalb und außerhalb der Werkstatt. Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist grundsätzlich der Auftrag der Werkstätten, gelingt aber nicht immer. Regulare Beschäftigungsverhältnisse sind die Ausnahme. Nur wenige Mitarbeiter mit geistiger Behinderung schaffen den Sprung – trotz hoher Motivation und sozialer Kompetenz, so Dreiss, der fordert: Eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes ist unbedingt nötig.

**Die Abgeordneten: Aufklärung tut Not**

Der Bergsträßer CDU Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Meister hofft auf mehr Unternehmen, die Behinderte einstellen. „Aufklärung tut Not, viele Arbeitgeber haben

Ängste.“ Vor allem der besondere Kündigungsschutz scheine für viele ein Einstellungshindernis zu sein. Laut Meister bescheiden die zuständigen Integrationsämter jedoch vier von fünf Kündigungen positiv. Seine SPD-Kollegen im Bundestag, Christine Lambrecht, bestätigt das. Der Schutz greift zudem erst nach sechs Monaten. Primäres Ziel ist, dass Schwerbehinderte seltener von betriebsbedingten Kündigungen betroffen sind. Lambrecht spricht sich für mehr Transparenz aus: Viele Unternehmen seien über die Regelung nicht ausreichend informiert und daher zu zögerlich. Sie klinge restriktiver als sie ist.

**Marco Vogel: Die Integration klappt**

In den Autohäusern der Unternehmensgruppe, der Marco Vogel angehört, sind sechs Mitarbeiter mit einem Handicap beschäftigt. Zum Teil schon viele Jahre lang. Für den Betrieb sei das Ausdruck einer grundlegenden sozialen Verantwortung, die sich nicht nur auf Behinderte reduziere, berichtet Vogel aus dem beruflichen Alltag. Der Kündigungsschutz hindere ihn nicht daran, jemanden einzustellen. „Aber er macht ein bisschen Bauchweh.“

**Susanne Berneit: Zwang hilft nicht**

„Viele schwer- und schwerstbehinderte Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt bestehen“, sagt die Teamleiterin der Berufsberatung bei der Agentur für Arbeit in Darmstadt. Es sei aber illusorisch, anzunehmen, dass jeder für jede Beschäftigung geeignet sei. Wenngleich die

allgemeine Bereitschaft der Unternehmen steige, bei Menschen mit einer Einschränkung auch deren Stärken zu sehen und zu nutzen, komme es gerade bei den kleineren Betrieben oftmals zu Problemen. „Dort können die betrieblichen Abläufe nicht immer auf solche Mitarbeiter angepasst werden.“ Susanne Berneit hält nichts davon, Arbeitgeber gesetzlich zu zwingen. „Es muss passen. Auch im Sinne des Beschäftigten.“

**Claudia Bock: Ein Vorbild aus Lorsch**

In Lorsch bietet der Caritasverband Darmstadt Ausbildungsplätze. Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten für Menschen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung oder einer anderen Behinderung wenig bis keine Chancen auf eine reguläre Beschäftigung haben. Der Karolinger Hof sei ein Gastronomiebetrieb, der nach ganz normalen Regeln tickt, so Betriebsleiterin Claudia Bock. Die Zahl der Bewerbungen ist ebenso erfreulich wie die Resonanz bei den Gästen. Aufgebaut wurde das Beschäftigungsprojekt vor über acht Jahren in der Villa Medici in Bensheim. 22 der 45 Mitarbeiter sind mit Handicap, von den Azubis schaffen es viele, aber nicht alle auf den ersten Arbeitsmarkt. Dafür kooperiert das Haus unter anderem mit Neue Wege, der Rentenversicherung und dem Integrationsfachdienst. Die Teilnehmer der Maßnahmen werden nach ihren Fähigkeiten eingesetzt. In ihrer Arbeit erleben sie eine Tagesstruktur. „Durch die laufenden Projekte wissen wir, dass das Selbstbewusstsein stärkt“, so Claudia Bock, die auf mehr Kontinuität bei der Förderung seitens des Landeswohlfahrtsverbandes hofft. „Wir brauchen Sicherheit.“

Seit 2012 aktiv

- Der Arbeitskreises Beschäftigung im Netzwerk Bergstraße hat sich seit dem Jahr 2012 auf die Fahnen geschrieben, für **Behinderte mehr reguläre Jobs** in der freien Wirtschaft zu schaffen.
- Partner sind unter anderen die Behindertenhilfe Bergstraße mit ihren Werkstätten, die Caritas, das Diakonische Werk, die Bensheimer Seeberschule, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter.
- Als **Mitglied der regionalen Teilhabekonferenz**, die im Juni 2013 vom Kreistag zur Koordinierung des Inklusionsprozesses auf den Weg gebracht wurde, fördert sie die inklusiven Lebensverhältnisse. tr



Eine hochkarätig besetzte Runde diskutierte im BA-Medienhaus darüber, wie Menschen mit Handicap in Arbeit vermittelt werden können. BILD: LOTZ

WÖRTERBUCH

**Inklusion?**

Inklusion heißt wörtlich übersetzt so viel wie Zugehörigkeit. Also das Gegenteil von Ausgrenzung. Inklusion ist demnach, wenn jeder Mensch, ob mit oder ohne Behinderung, überall dabei sein kann. Kein Thema für Experten, sondern ein Ziel, bei dem alle mitwirken müssen. In einer inklusiven Gesellschaft ist es normal, verschiedene zu sein. Inklusion ist ein Menschenrecht, das in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist. Deutschland hat diese Vereinbarung unterzeichnet. Deshalb müssen in der Bundesrepublik mehr Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden, um die Zahl einer gleichberechtigten Teilhabe zu erfüllen. Die Umsetzung steht aber noch am Anfang eines langen Prozesses. tr

**Erster Arbeitsmarkt?**

Bislang wird der sogenannte erste Arbeitsmarkt mit Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft und in Integrationsunternehmen, in denen dauerhaft zwischen 25 bis 50 Prozent Menschen mit einem Handicap arbeiten, vom zweiten Arbeitsmarkt unterschieden: Der umfasst auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber, die mindestens 20 Mitarbeiter haben, müssen fünf Prozent ihrer Stellen an Menschen mit einer Schwerbehinderung vergeben. Erfüllen sie diese Quote nicht, fällt eine Ausgleichsabgabe an. tr

**rente futsch?**

Der Entwurf zum neuen Bundes- teilhabegesetz soll im Dezember vorliegen. Und zwar ohne eine Regelung, die beim Kamingespräch im BA-Medienhaus von den Teilnehmern als Systemfehler kritisiert wurde: Beim Übergang aus einer Werkstatt für Behinderte in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis kann der bisherige Anspruch einer Erwerbsminderungsrente unter bestimmten Umständen verlorengehen. Denn ein in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedertes Arbeitnehmer gilt nicht mehr als voll erwerbsgemindert. In den aktuellen Rechtsnormen ist kein Rückkehrrecht vom allgemeinen Arbeitsmarkt zurück in die Werkstatt vorgesehen. Das führt zu rechtlich nicht abgeschicherten und bundesweit unterschiedlichen Entscheidungen der Rehabilitationsträger und Integrationsämter. Es besteht Regelungsbedarf. tr